

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Anke Frieling, Richard Seelmaecker, Stephan Gamm,
Sandro Kappe, Prof. Dr. Götz Wiese (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 22/9148

Betr.: Versiegelung ganzheitlich denken und wichtige Maßnahmen umsetzen!

Wie in anderen Metropolen der Welt auch, konkurrieren in Hamburg verschiedene Nutzungsformen um begrenzte Flächen. Dabei gilt es, insbesondere im Kontext des stetigen Bevölkerungswachstums der Hansestadt, eine gesunde Balance zwischen versiegelten und entsiegelten Flächen zu schaffen und zu erhalten. Nur so lassen sich ökologische Ziele mit sozioökonomischer Realität vereinbaren. Es muss der politische Grundsatz gelten: Entsiegelung wo möglich, Versiegelung wo nötig. Mit einem Versiegelungsgrad von etwa 39 Prozent liegt Hamburg im Mittelfeld vergleichbarer Städte Deutschlands: In Berlin sind es 35 Prozent, in München 44 Prozent. Das geht besser! Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat bereits in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass Entsiegelung nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie ganzheitlich gedacht wird, sich den Auswirkungen des Klimawandels stellt und den Bürgern Hamburgs die Teilhabe am Prozess ermöglicht wird.

Auch die Stadt selbst steht bei der Ver- und Entsiegelung in der Verantwortung: Die CDU-Bürgerschaftsfraktion setzt sich seit jeher dafür ein, dass Wohnungsbau vermehrt auf bereits versiegelten Flächen ermöglicht wird. So kann über Supermärkten und Parkplätzen (mittels Stelzen) neuer Wohnraum entstehen. Vor allem an den großen Verkehrsachsen, den sogenannten Magistralen, liefert bereits versiegelter Boden Potenzial für Zehntausende neue Wohnungen, indem dort in die Höhe gebaut wird. Dieses Magistralenkonzept wird aber bisher kaum umgesetzt. Dazu kommt: Noch immer hält der Senat an einem völlig veralteten Flächennutzungsplan aus den Neunzigerjahren fest. Dieser ist unter völlig anderen Rahmenbedingungen entstanden und muss dringend überarbeitet werden, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. ein Programm zur Förderung privater Entsiegelungsbestreben aufzusetzen;
2. die Umsetzung des Magistralenkonzepts voranzutreiben;
3. einen an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts orientierten Flächennutzungsplan zu entwickeln;
4. der Bürgerschaft bis zum 31.12.22 über die Ergebnisse zu berichten.